

I. Original-Artikel.

Das neue schweizerische Forstgesetz.

Von Professor Felber in Zürich.

Die Bundesverfassung vom Jahre 1848 führte die Schweiz wohl vom Staatenbund zum Bundesstaat. Doch überließ dieser Bundesstaat die Aufsicht über das Forstwesen vollständig den Kantonen. Erst durch Art. 24 der Bundesverfassung vom Jahre 1874 wird dem Bunde das Recht der Ober-Aufsicht über die Forstpolizei im Hochgebirge erteilt und damit auch die Aufgabe gestellt, die Korrektion und Verbauung der Wildwasser, sowie die Aufforstung ihrer Quellgebiete zu unterstützen. Der Verfassungsbestimmung folgte das eidgenössische Forstgesetz vom Jahre 1876. Dieses Gesetz teilt die Schweiz in eine Zone, in der das Forstwesen der eidgenössischen Ober-Aufsicht unterstellt wird, und in eine solche, in der die forstliche Gesetzgebung den Kantonen überlassen bleibt. Das eidgenössische Forstgesetz gestaltete sich so zu einem eigenartigen Ausnahmsgesetz, dem wir aber doch, ganz besonders in seiner Wirkung als Forstschutzgesetz in einzelnen Gebirgskantonen, wesentliche Fortschritte verdanken. Mehr und mehr aber brach sich die Überzeugung Bahn, daß jede Abgrenzung einer forstlichen Zone in unserer kleinen Schweiz zu grellen Inkonsequenzen führt, einer richtigen Auffassung von der Bedeutung der Wälder widerspricht und auf die Dauer unhaltbar ist. Das Bestreben, die wirtschaftlichen Kräfte des ganzen Landes nicht nur zu erhalten, sondern auch zu steigern, führte dazu, nicht nur den Waldungen des Gebirges, sondern auch den Waldungen des schweizerischen Flachlandes den kräftigen Schutz und die finanzielle Unterstützung des Bundes zukommen zu lassen. Durch Volksbeschluß vom Jahre 1898 wurde Art. 34 der Bundesverfassung in dem Sinne revidiert, daß die eidgenössische Ober-Aufsicht über die Forst- und Wasserbau-Polizei sich auf die ganze Schweiz erstrecken soll.

Die Revision der Bundesverfassung führte naturgemäß auch zur Revision der Forstgesetzgebung. Die Beratungen des bezüglichen Ent-

wurfes erlitten vielfach Verzögerungen und Unterbrechungen. Die schließlich festgestellte Vorlage aber erhält nun, da gegen den Beschluß der Bundesversammlung das Referendum nicht verlangt wurde, Gesetzeskraft. Wir gedenken im nachstehenden eine Übersicht über die wesentlichen Bestimmungen dieses Gesetzes im Vergleich zu den Bestimmungen des Gesetzes von 1876 zu geben.

Die Waldungen werden eingeteilt in Schutzwaldungen und Nichtschutzwaldungen. Die frühere Definition von Schutzwald lautete: „Unter Schutzwaldungen sind alle diejenigen Waldungen verstanden, welche vermöge ihrer bedeutenden Höhenlage oder durch ihre Lage an steilen Gebirgshängen, auf Anhöhen, Graten, Rücken, Vorsprüngen oder in Quellgebieten, Engpässen, an Rufen, Bach- und Flußufern, oder wegen zu geringer Waldfläche einer Gegend, zum Schutze gegen schädliche klimatische Einflüsse, Windschaden, Lawinen, Stein- und Eisschläge, Erdrutschungen, Verrufungen oder Überschwemmungen dienen.“

Etwas konzipier sagt das jetzige Gesetz: „Schutzwaldungen sind diejenigen Waldungen, welche sich im Einzugsgebiete von Wildwassern befinden, sowie solche, welche vermöge ihrer Lage Schutz bieten gegen schädliche klimatische Einflüsse, gegen Lawinen, Stein- und Eisschläge, Erdrutschungen, Verrufungen, sowie gegen außerordentliche Wasserstände.“

Mit dem Ausdruck „außerordentliche Wasserstände“ wollte man namentlich auch die von Wasserwerken abhängige Industrie, durch Maßnahmen gegen zu tiefe Wasserstände, mit einbeziehen in den Bereich der staatlichen Fürsorge. Immerhin hat auch diese Definition einen mehr akademischen Wert, und da die Ausscheidung der Waldungen in Schutzwaldungen und Nichtschutzwaldungen durch die Kantone erfolgt, allerdings unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Bundesrat, so werden Ungleichheiten in der Durchführung der Ausscheidung gleichwohl auch in Zukunft unvermeidlich sein.

Zur Durchführung des Gesetzes und der kantonalen Vollziehungsgesetze und Verordnungen zu demselben haben die Kantone die erforderliche Anzahl mit dem eidgenössischen Wählbarkeitszeugnisse versehener Forsttechniker anzustellen und angemessen zu besolden.

An der Besoldung beteiligt sich der Bund durch Beiträge.

Ebenso trägt der Bund an die Besoldungen der Beamten von Gemeinde-, Korporations- und Gemeinschaftswaldungen bei, wenn dieselben im Besitze des eidgenössischen Wählbarkeitszeugnisses für Forsttechniker sich befinden.

Die Bundesbeiträge an die Besoldungen und Taggelder des Forstpersonals betragen für die höheren Beamten der Kantone 25—35 %,

für die höheren Beamten der Gemeinden, Korporationen und anerkannten Waldgenossenschaften 5—25 %. Bis jetzt leistete der Bund keine Beiträge an die Besoldungen der Beamten von Gemeinden und Korporationen.

Zur Heranbildung des unteren Forstpersonals sind kantonale oder interkantonale Forstkurse anzuordnen, deren Abhaltung wie bisher vom Bunde unterstützt wird. Neu aber ist die Bestimmung, daß auch Bundesbeiträge an die Besoldungen des unteren Forstpersonals, welches die Forstkurse mit Erfolg besucht hat, zugesichert werden und zwar von 5 bis 20 %. Doch ist auch hier die Subvention von einem Besoldungsminimum von 500 Fr. abhängig gemacht.

Die öffentlichen Waldungen sind gemäß einer von der zuständigen kantonalen Behörde zu erlassenden Instruktion zu vermarchen und zu vermessen. Die Triangulation I.—III. Ordnung läßt der Bund auf seine Kosten ausführen; diejenige IV. Ordnung ist Sache der Kantone. Der Bund prüft aber die Triangulation IV. Ordnung unentgeltlich und leistet an die Kosten derselben einen Beitrag von 25 Fr. für jeden Punkt. Auch die Detailvermessung der öffentlichen Waldungen unterliegt der kostenfreien Prüfung durch den Bund.

Die öffentlichen Waldungen sind gemäß kantonaler Instruktion einzurichten und zu bewirtschaften. Auch für die öffentlichen Weidwaldungen (Wytweiden) sind die erforderlichen Anordnungen zur Erhaltung des vorhandenen Flächenmaßes der Bestockung zu treffen.

Dienstbarkeiten und Rechte auf Nebennutzungen in öffentlichen Waldungen, welche sich mit einer guten Waldwirtschaft nicht vertragen, sind abzulösen, wenn nötig auf dem Wege der Zwangsenteignung. Dabei sollen örtliche wirtschaftliche Verhältnisse angemessen berücksichtigt werden.

Über die Ablösungspflicht entscheidet die zuständige kantonale Behörde unter Vorbehalt des Rekurses an den Bundesrat.

Die Entschädigung hat bei allen Enteignungen grundsätzlich durch Geld zu geschehen, und nur, wo dies nicht tunlich ist, durch Abtretung eines Waldteils, welcher dem Wert der Dienstbarkeit entspricht. In letzterem Falle ist die Zustimmung der Kantonsregierung notwendig.

Die öffentlichen Waldungen können nur mit Bewilligung des Bundesrates und der betreffenden Kantonsregierung durch neue, einer guten Waldwirtschaft nachteilige Rechte und Dienstbarkeiten belastet werden.

Rechtsgeschäfte, soweit sie damit in Widerspruch stehen, sind nichtig.

Nebennutzungen, die eine gute Waldwirtschaft beeinträchtigen, wie insbesondere der Weidegang und die Streunutzung, sind in den öffentlichen Schutzwaldungen zu untersagen oder nur in beschränktem Maße zu gestatten.

Der Bund kann in öffentlichen und Privat-Schutzwaldungen auch die Anlage von Abfuhrwegen oder sonstigen zweckentsprechenden ständigen Einrichtungen für den Holztransport durch Beiträge bis auf 20 % der Projekt- und Anlagekosten unterstützen.

Hat eine solche Anlage keinen unmittelbaren oder keinen hinreichenden Anschluß an einen öffentlichen Weg, so hat der Waldbesitzer das Recht, nötigenfalls gegen angemessene Entschädigung an die betreffenden Grundeigentümer die Zwangsenteignung zu verlangen. An die Kosten dieser Anschlußbauten kann der Bund ebenfalls Beiträge leisten.

Die Bestimmungen über die öffentlichen Waldungen gelten gleichmäßig für Schutz- und Nichtschutzwaldungen. Doch ist speziell zu bemerken, daß bei den Schutzwaldungen die Wirtschaftsführung in erster Linie der vorgesehenen Zweckbestimmung anzupassen ist, und daß in diesen Waldungen Kahlschläge in der Regel untersagt sind. Privat-Schutzwaldungen sind ebenfalls zu vermehren. Auch hier sind Kahlschläge in der Regel untersagt. Schädliche Dienstbarkeiten und Nebennutzungen sind wie in öffentlichen Waldungen abzulösen, zu untersagen oder zu beschränken.

Die Kantone sind verpflichtet, zur Erhaltung der privaten Schutzwaldungen und zur Sicherung ihres Zweckes jeweilen das Nötige anzuordnen. Sie haben insbesondere darüber zu wachen, daß in Schutzwaldungen ohne Bewilligung seitens der zuständigen kantonalen Behörden keine Kahlschläge in Hochwaldungen und keine erheblichen Holznutzungen zum Verkaufe oder für ein eigenes industrielles Gewerbe, zu dessen Betrieb hauptsächlich Holz verwendet wird, vorgenommen werden.

Das neue Gesetz enthält auch die Bestimmung: „Die Zusammenlegung von Privatwaldungen zu genossenschaftlicher Bewirtschaftung und Benutzung ist zu fördern. Die näheren Bestimmungen aber bleiben der kantonalen Gesetzgebung überlassen. Der Bund übernimmt die Kosten dieser Zusammenlegung und der Kanton die unentgeltliche Leitung der Bewirtschaftung durch sein Forstpersonal.“

Bei größeren zusammenhängenden Komplexen von privaten Schutzwaldungen in besonders gefährlichen Lagen, namentlich im Einzugsgebiet von Wildbächen, kann die betreffende Kantonsregierung oder der Bundesrat eine Zusammenlegung verlangen.

Der Grundsatz, daß das Waldareal der Schweiz nicht vermindert werden soll, ist konsequent durchgeführt und gilt auch für Privatwaldungen, die nicht Schutzwald sind.

Ausreitungen in Nichtschutzwaldungen bedürfen der Be-

willigung der Kantonsregierung, solche in Schutzwaldungen derjenigen des Bundesrates.

Die Kantonsregierung wird betreffend Nichtschutzwald, der Bundesrat betreffend Schutzwald entscheiden, ob und inwieweit für solche Verminderung des Waldbareals Ersatz durch Neuaufforstung zu bieten sei.

Ebenso großes Gewicht wird aber auch auf Vermehrung des Schutzwaldareales gelegt. Es ist darauf hinzuwirken, daß unbewaldete Grundstücke, durch deren Aufforstung Schutzwaldungen gewonnen werden können, zur Bestockung gelangen.

Der Bund oder die Kantone können die Gründung von Schutzwaldungen, ebenso die Verbauung von Lawinen und Steinschlägen anordnen, wenn durch diese Maßnahmen bestehende oder neu zu gründende Waldungen geschützt werden.

Bund und Kantone leisten Beiträge an die Gründung von Schutzwaldungen und damit in Verbindung stehende Entwässerungen, ferner an Verbauungen von Lawinen und Steinschlägen, sodann an Einfriedigung und an Nachbesserungen von Kulturen, welche innerhalb drei Jahren nach erfolgter Abnahme der Anlage ohne Verschulden des Waldbesizers notwendig geworden sind, sowie auch an die Wiederherstellung beschädigter baulicher Werke, wenn die Beschädigungen von größerer Bedeutung und ungeachtet sorglicher Unterhaltung entstanden sind.

Die Bundesbeiträge an die Kosten der Anlage neuer Schutzwaldungen und damit in Verbindung stehenden Entwässerungen und ferner an Verbaue von Lawinen und Steinschlägen zur Sicherung von Schutzwaldungen überhaupt betragen 50—80 %, an die Kosten anderweitiger Verbaue zu forstlichen Zwecken und an notwendige Einfriedigungen bis 50 %.

Der Bund vergütet dabei dem Bodenbesitzer außerdem in baar einen 3—5 fachen Jahresertrag des betreffenden Grundstückes nach Durchschnitt der letzten zehn Jahre.

Ist der Boden, dessen Aufforstung oder Verbauung verlangt wird, in privatem Besitz, so kann der Eigentümer beanspruchen, daß ihm derselbe abgekauft, bezw. expropriert werde.

Ebenso kann der Inhaber von Nutzungsrechten für den Entzug derselben Ersatz verlangen.

Ankauf oder Expropriation dürfen indes nur zu Händen des Kantons, der Gemeinde oder einer öffentlichen Korporation erfolgen.

An die Kosten von Expropriation oder Kauf zu öffentlichen Händen leistet der Bund einen Beitrag bis auf 50 % der Entschädigungssumme.

Mit dem Bezug von Bundesbeiträgen verpflichtet sich der betreffende

Kanton, dafür zu sorgen, daß die Aufforstung und die damit verbundenen Entwässerungen und allfällige Bauten, sowie die Holztransporteinrichtungen und trigonometrischen Versicherungen in gutem Zustande erhalten werden. —

Das Gesetz kam erst nach langwierigen Beratungen in den eidgenössischen Räten zu stande. Ganz besonders fand die Frage über die Beiträge an die Besoldung des unteren Forstpersonals recht verschiedene Beantwortung. Gegenüber der anfänglich gestellten Forderung, erst dann einen Beitrag zu gewähren, wenn die Besoldung wenigstens 1000 bis 1200 Franken betrage, und andererseits gegenüber dem Vorschlag, die Beiträge an gar kein Minimum zu knüpfen, sondern allgemein zu gewähren, bedeutet der Beschluß (Minimal-Forderung von 500 Fr.) ein beiderseitiges Entgegenkommen. Das Gesetz trägt diesen Charakter der Rücksichtnahme auf die vielgestaltigen Verhältnisse unseres Landes da und dort nur allzu deutlich, kann aber auch nur in Würdigung derselben richtig beurteilt werden. Ein Werk gegenseitiger Verständigung befriedigt indessen nur ausnahmsweise allgemein.

Nicht ohne innere Berechtigung wird dem Gesetze vorgeworfen, es überlasse in der Vollziehung noch allzu vieles den Kantonen. So habe es der Gesetzgeber unterlassen, durch bindende Normen der Forderung nach so dringlicher Vermehrung des höheren Forstpersonals größeren Nachdruck zu geben. Ferner wird auch eingewendet, die Bestimmung: „Die Zusammenlegung von Privatwäldungen zu genossenschaftlicher Bewirtschaftung und Benutzung ist zu fördern,“ sei rein platonischer Natur; jede Bestimmung, wonach weiterer Parzellierung einigermaßen Einhalt geboten werde, fehle ganz; auch das Verlangen des schweizerischen Forstvereins, daß der Bund die Aufstellung und Revision der Wirtschaftspläne über die Gemeinde- und Korporationswäldungen in denjenigen Kantonen, welche solches wünschen oder außer stande sind, den diesbezüglichen Anforderungen des Gesetzes zu genügen, übernehme, habe keine Berücksichtigung gefunden.

Allseitig wird anerkannt, daß nach dem neuen Gesetze der Bund die Bestrebungen der Kantone für Hebung des Forstwesens tatkräftigst und finanziell in weitgehendem Maße unterstützt. Die bisher schon vorgesehenen Beiträge an die Kosten von Forstkursen, von neuen Schutzwaldanlagen und mit solchen in Verbindung stehenden Verbauen, von Aufforstungen in Schutzwäldungen, wenn sie besondere Schwierigkeiten bieten oder für den Schutz gegen Terraingefahren von großer Wichtigkeit sind, an die Kosten der Triangulation und der Besoldung des höheren Forstpersonals wurden erhöht. Neu vorgesehen sind die Beiträge an die Kosten der Erwerbung von Terrain, das zu Schutzwäldungen aufgeforstet werden soll, an den Ausfall im Ertrag, den ein Grundbesitzer

bei Anlage eines neuen Schutzwaldes erleidet, für die Erstellung von Holzabfuhrwegen oder andern zweckmäßigen Holztransport-Einrichtungen in Schutzwaldungen, an die Besoldungen und Taggelber der wissenschaftlich gebildeten Forstbeamten von Gemeinden und Korporationen, an die mindestens 500 Fr. betragenden Jahresbesoldungen des unteren Forstpersonals, sowie an die Kosten der Versicherung des höheren und unteren Forstpersonals gegen Unfall.

Getreu dem Spruch: „der Appetit kommt mit dem Essen“ wird andererseits beklagt, daß keine Bundes-Subvention gewährt werde für Transportanlagen in Nichtschutzwaldungen, daß nur Bundessubvention gewährt werde für Neu-Schaffung von Schutzwaldungen, nicht aber auch dann, wenn Ankauf oder Expropriation von bestehenden Privatschutzwaldungen zu öffentlichen Händen stattfinde.

Schwer erklärlich ist die Bestimmung, nach welcher Ankauf oder Expropriation von Boden zu Aufforstungen nie zu Händen des Bundes, der doch über alles wachen soll und der das gemeinsame Interesse am deutlichsten repräsentiert, wohl aber zu Händen des Kantons, der Gemeinde oder einer öffentlichen Korporation erfolgen soll.

Mag nun auch das neue schweizerische Forstgesetz seine Mängel haben, es bedeutet doch unbestreitbar einen festen Schritt vorwärts. Es sucht das Gesetz große Aufgaben zu lösen, und große Mittel werden zur Lösung dieser Aufgaben zur Verfügung gestellt. Richtig verwendet sind aber diese Mittel Kapitalanlagen, die sich durch Ersparnisse an den Wildbachverbauungen und Flußkorrekturen, sowie durch direkte Erträge des Waldes reichlich verzinsen und amortisieren.

Der Nonnenfraß in Ostpreußen.

Von H. G. Rothe, kgl. Forstmeister a. D. in Górlitz.

In den Jahren 1852—55 wurden die Regierungsbezirke Gumbinnen und Königsberg von einem Fraße der *Liparis monacha* betroffen, der 250 000 ha Fichtenbestände verschiedensten Alters vernichtete, die größte Kalamität darstellt, von welcher preußische Forsten jemals heimgesucht wurden, und der Staatsforstverwaltung neben ungeheurem Schaden in wirklich epochemachendem Maße förderlich war, weil er kein einziges Gebiet des ganzen Forstwesens unbeeinflusst ließ und außerordentlich wichtige Verbesserungen und Neuerungen anregte. Aus mannigfachen Gründen ist dieser phänomenale Nonnenfraß nach und nach in Vergessenheit geraten,